



Die EU aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger

Erwartungen der deutschen Bevölkerung
an die EU nach dem Brexit

politik für europa
#2017 plus

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

politik für europa #2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Das ist das Ziel des neuen Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung »Politik für Europa«. Zu zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann.

Und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine »Politik für Europa«!

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

<http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/>

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über den Autor dieser Ausgabe

Richard Hilmer ist Geschäftsführer und Gründer von policy matters – Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung mbH – und ist einer der renommiertesten Meinungsforscher Deutschlands.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Dr. Michael Bröning, Referatsleiter Internationale Politikanalyse

Redaktion: Arne Schildberg, Referent für Europapolitik

Redaktionsassistentin: Sabine Dörfler

INHALT

2	In Kürze
3	Vorbemerkung
4	1 Grundhaltung zur EU
5	2 Die EU nach dem Brexit
6	3 Wichtigste Aufgaben der EU
8	4 Nationale oder europäische Zuständigkeit
10	5 Akzeptanz von Regeln der EU
11	6 Vertrauen in Mitgliedstaaten
12	Literaturverzeichnis

IN KÜRZE

- Die Haltung der Deutschen zur Europäischen Union hat sich im Zuge der Brexit-Entscheidung der Briten nachhaltig verbessert. Die in diesem Kontext neu aufgeflamnte Diskussion über Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft in der EU hat offensichtlich dazu geführt, dass die Deutschen stärker für deren Nutzen – speziell für Deutschland – sensibilisiert wurden. Dies ist der zentrale Befund einer repräsentativen Befragung von 1000 wahlberechtigten Bürgern, die policy matters im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai/Juni 2017 in Deutschland durchführte.
- Zwei Drittel der Deutschen (64 Prozent) sehen heute in der Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union eher Vorteile. Im Herbst 2015 teilten nur 34 Prozent diese positive Haltung gegenüber der EU, der Anteil der EU-Optimisten hat sich also innerhalb von knapp 2 Jahren fast verdoppelt. Marginalisiert hat sich der Anteil derer, die in der EU-Mitgliedschaft eher Nachteile sehen. Ihr Anteil sank von 25 auf 10 Prozent.
- Eine Mehrheit der Deutschen (53 Prozent) verbindet mit der EU auch wieder steigenden Wohlstand, nur für jeden Dritten steht die EU eher für sinkenden Wohlstand. Noch im Herbst 2015 war das Stimmungsbild genau umgekehrt, seinerzeit bezweifelte eine Mehrheit (58 Prozent), dass die EU noch für Wohlstandsmehrung steht, eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Akzeptanz der EU. Auch in anderen Bereichen wird die EU heute ausgesprochen positiv gesehen: für eine Mehrheit der Deutschen steht sie für Chancen, Sichere Lebensverhältnisse, eine sichere Währung und für Gerechtigkeit.
- Dem bevorstehenden Ausstieg der Briten aus der EU sehen die Deutschen mit gemischten Gefühlen entgegen. Vier von zehn befürchten, dass damit die EU geschwächt wird, eine relative Mehrheit der Befragten erwartet davon aber keine negativen Auswirkungen, manche erhoffen sich darüber sogar eine Stärkung der EU.
- Der erstmalige Austritt eines Mitgliedslandes aus der EU führt auch nicht zu Absetzbewegungen von der Gemeinschaft, im Gegenteil: acht von zehn Deutschen sprechen sich für eine stärkere Zusammenarbeit der EU-Länder aus. In der Stärkung des Zusammenhalts der EU sehen die Deutschen – nach der Bewältigung der Zuwanderung und der Sicherung des Friedens – eine der wichtigsten Aufgaben, die die EU in den nächsten Jahren zu bewältigen hat.
- Auf entsprechend hohe Zustimmung treffen deswegen auch Maßnahmen zur Verbesserung der Integration. Neben der Einführung eines für alle EU-Staaten verbindlichen Mindestlohnes erzielen dabei eher restriktive Maßnahmen die höchste Zustimmung: eine bessere Sicherung der Außengrenzen, eine stärkere Kontrolle der Haushaltsdisziplin in den Mitgliedsländern sowie die Einführung einer Schutzklausel gegen den Abbau von Sozialleistungen. Wie ernst es den Deutschen mit der Stärkung der EU ist, lässt sich daraus ersehen, dass sich eine knappe Mehrheit auch für eine stärkere finanzielle Unterstützung für wirtschaftsschwache Mitgliedsländer ausspricht.
- Gestiegen ist auch die Bereitschaft der Deutschen, Zuständigkeiten von der nationalen auf die europäische Ebene zu verlagern. Dies gilt vor allem für die Außen- und Sicherheitspolitik und die Regelung der Zuwanderung, aber auch für die Festlegung von Steuersätzen für international tätige Unternehmen, den Datenschutz und auch für die Verhandlungen über die Handelsbeziehungen mit den USA.
- Die Befürwortung der Kompetenzerweiterung der EU hat jedoch ihre Grenzen. In der Rentenpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und vor allem in der Haushaltspolitik beharren die Deutschen mehrheitlich auf Beibehaltung der nationalen Zuständigkeit. Darüber hinaus befürworten sie ein doppeltes generelles Vetorecht gegen EU-Beschlüsse: einerseits für den Bundestag, andererseits für die Bürgerinnen und Bürger durch Einführung von Volksabstimmungen zu grundlegenden Entscheidungen.
- Der Zusammenhalt innerhalb der EU setzt ein gewisses Mindestmaß an Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten voraus. Damit ist es nach wie vor nicht zum Besten bestellt. Ausgesprochen gut ist das Verhältnis der Deutschen zu Frankreich, dem nach der Wahl von Emanuel Macron wieder 74 Prozent der Deutschen vertrauen – ein Anstieg gegenüber 2015 um 15 Prozentpunkte. Gestiegen ist auch das Vertrauen in Italien (+15), dem aber nach wie vor eine Mehrheit der Deutschen (54 Prozent) wenig oder gar kein Vertrauen entgegenbringt. Ausgesprochen gestört ist das Verhältnis zum Nachbarland Polen, dem nur 22 Prozent der Deutschen vertrauensvoll begegnen. Was das eigene Land betrifft, sind die Deutschen mit sich im Reinen: 87 Prozent geben an, sehr großes oder großes Vertrauen zu haben in die Europapolitik Deutschlands.

VORBEMERKUNG

Die Europäische Union war für ihre Mitgliedstaaten immer ein Garant für Frieden, Demokratie und Wohlstand. Entsprechend groß war auch ihre Attraktivität: Aus der EWG der sechs Gründungsmitglieder wurde eine EU, die seit dem Beitritt Kroatiens im Jahre 2013 aktuell 28 Mitgliedsländer umfasst.

Die letzten zehn Jahre waren allerdings weniger von Erfolgen als von Krisen gekennzeichnet: Finanz-, Wirtschafts-, Euro-, Ukraine- und Flüchtlingskrise. Höhepunkt dieses »grausamen Jahrzehnts für Europa« – wie es der neue französische Präsident Emmanuel Macron ausdrückte – bildete der per Volksabstimmung getroffene Beschluss Großbritanniens, die EU zu verlassen. Ein solcher Austritt ist nicht nur ein Novum in der Geschichte der EU, die sich bis dato nur mit Gesuchen neuer beitragswilliger Länder auseinanderzusetzen hatte. Der Brexit stellt auch eine Zäsur in der Geschichte der EU dar, und er stellt vor allem die verbleibenden Mitglieder vor neue Herausforderungen. Mit dem Austritt Großbritanniens, des drittgrößten Mitgliedslandes und zweitgrößten Beitragszahlers, stellt sich die Frage nach dem Sinn der europäischen Integration völlig neu. Denn vor lauter Krisenbewältigung sei – nach Ansicht des französischen Präsidenten Macron – das Ziel des europäischen Einigungsprozesses etwas aus dem Auge verloren worden.

Die Vorbereitungen der Austrittsverhandlungen mit den Briten ließen allerdings auch schon einen neuen Geist der Zusammengehörigkeit unter den verbleibenden Mitgliedstaaten erkennen. Bleibt die Frage, inwieweit sie dabei aber mit der Unterstützung ihrer jeweiligen Bevölkerung rechnen können. Diese Frage hat schon deshalb zentrale Bedeutung, weil es ja die britischen Bürgerinnen und Bürger waren, die für den

Austritt aus der EU votierten. Eine knappe Mehrheit brachte damit ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die EU-Mitgliedschaft für Großbritannien mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringe. Das Ergebnis war nicht zuletzt ein Votum gegen Grundprinzipien der EU wie die Arbeitnehmerfreizügigkeit und ein Votum für die Rückgewinnung nationaler Kontrolle, vor allem die über die nationalen Grenzen, um Zuwanderung besser und eigenständig steuern zu können.

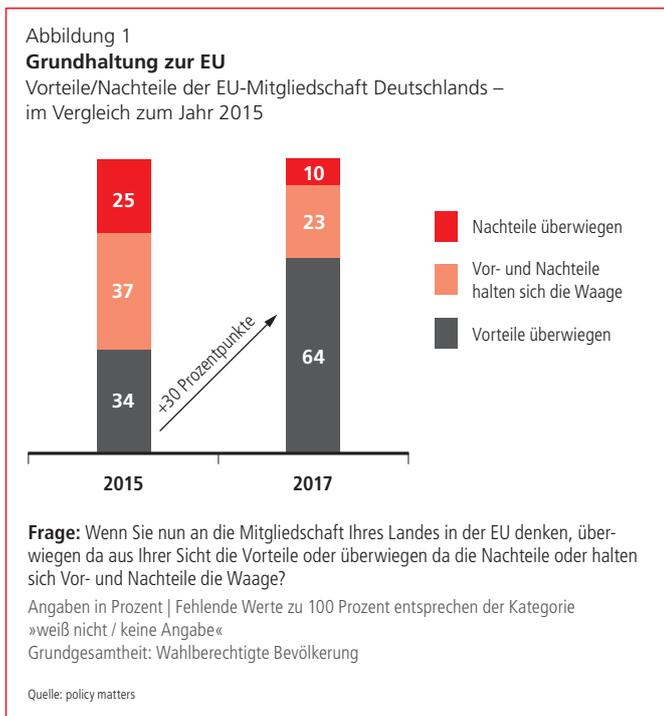
Diese Themen spielten in der jüngsten Vergangenheit auch in anderen EU-Ländern eine dominierende Rolle, wie eine in 2015 in acht EU-Ländern durchgeführte repräsentative Befragung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung belegte. Es lag deshalb nahe, diese Studie zu wiederholen, um festzustellen, wie denn die Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Staaten auf den Austritt Großbritanniens reagieren. Um Veränderungen direkt nachzeichnen zu können, wurden eine Reihe der in der ersten Studie gestellten zentralen Fragen zur EU wortgleich wiederholt. Darüber hinaus wurde eine Reihe weiterer, neuer Fragen aufgenommen, um festzustellen, ob der Brexit für die europäische Integration eher eine Belastung darstelle oder ob er möglicherweise sogar dazu beitrage, das Ansehen der EU zu verbessern und den Integrationswillen zu stärken. Diesmal wurde die Repräsentativbefragung auch von einer qualitativen Erhebung (vier Gruppendiskussionen) begleitet.

In dem vorliegenden Bericht werden ausschließlich die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung in Deutschland vorgestellt, teilweise erläuternd untermalt von Befunden aus den Fokusgruppen. Einen großen Raum nehmen dabei Vergleiche mit den Befunden der Vorgängerstudie ein.

1 GRUNDHALTUNG ZUR EU

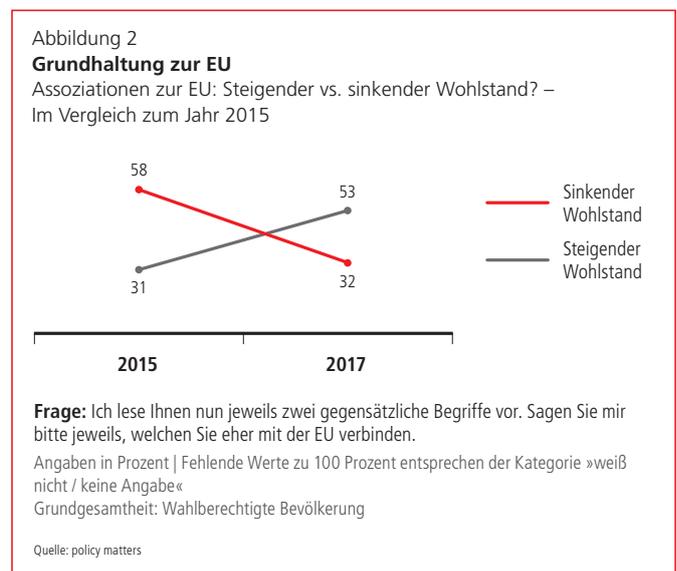
Die Bundesbürger zeichnen sich zwar traditionell durch eine positive Grundhaltung zur EU aus, das Meinungsbild darüber, ob Deutschland von der Mitgliedschaft in der EU eher profitiere oder eher Nachteile erleide, war hingegen meist gespalten. Dies war auch im Herbst 2015 der Fall, als die Euro-Krise noch virulent war und die Zahl Zuflucht suchender Menschen in Europa, insbesondere in Deutschland, eine bis dato nicht gekannte Dimension erreichte. Seinerzeit gaben 34 Prozent der Deutschen an, dass die EU-Mitgliedschaft eher mit Vorteilen für Deutschland verbunden sei, immerhin ein Viertel der Befragten sah darin aber eher einen Nachteil. 37 Prozent meinten, Vor- und Nachteile hielten sich die Waage.

Im Frühjahr 2017, nur eineinhalb Jahre später, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Der Anteil derer, die in der EU-Mitgliedschaft eher Vorteile sehen, verdoppelte sich fast, von 34 auf 64 Prozent, der der EU-Skeptiker marginalisierte sich auf ganze zehn Prozent. (Siehe Abb. 1)



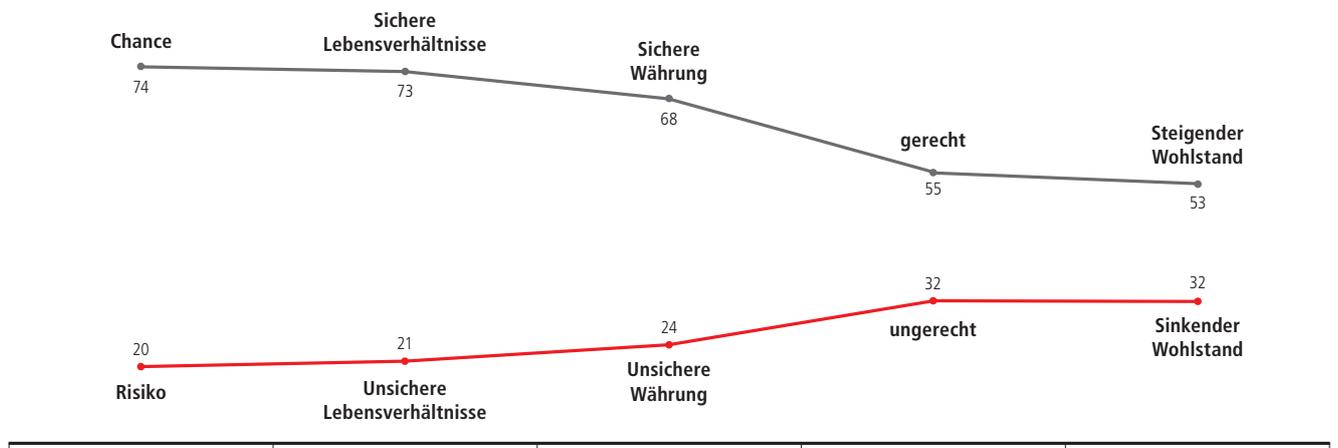
Dieser in seinem Ausmaß bemerkenswerte Stimmungsumschwung zugunsten der Europäischen Union fand in allen Regionen und in allen Bevölkerungsgruppen statt. Auch die im Herbst 2015 noch mehrheitlich skeptischen Angehörigen unterer gesellschaftlicher Schichten sehen heute in der deutschen EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile (54: 17 Prozent). Und selbst bei den Anhängern der Linkspartei – im Allgemeinen eher EU-kritisch eingestellt – überwiegt heute deutlich eine positive Grundhaltung zur EU (67: 11 Prozent). Einzig eine Gruppe verharrt in Distanz zur Europäischen Gemeinschaft: AfD-Wähler sind wie schon 2015 mehrheitlich (zu 52 Prozent) der Meinung, die EU-Mitgliedschaft sei eher ein Schaden denn ein Nutzen für Deutschland.

Wie facettenreich dieser positive Imagewandel der EU ist, verdeutlichen auch Assoziationen, die sich mit der EU verbinden. Einer der problematischsten Befunde der Erhebung im Herbst 2015 war wohl der, dass eine Mehrheit der Deutschen – und auch der Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Staaten – mit der EU nicht mehr steigenden sondern sinkenden Wohlstand verband. Problematisch war dies deshalb, weil Wohlstandsmehrung neben der Garantie für Frieden und Demokratie zu den wichtigsten Errungenschaften zählt, für die die EU steht. Diese negative Einschätzung hat sich heute wieder grundlegend gewandelt: Eine Mehrheit der Deutschen (53 Prozent) verbindet mit der EU wieder steigenden Wohlstand, nur noch 32 Prozent denken dabei eher an Wohlstandsverluste. (Siehe Abb. 2)



Die Mitgliedschaft in der EU wird heute auch weit stärker als noch im Herbst 2015 als Chance denn als Risiko erfahren (74 gegenüber 52 Prozent). Und auch der Euro gilt den Deutschen mehrheitlich (68 Prozent) wieder als sichere Währung – 2015 hielten sich diesbezüglich Zuversicht und Skepsis etwa die Waage. Auch bei den neu in der Liste aufgenommenen Begriffspaaren »gerecht/ungerecht« sowie »sichere/unsichere Lebensverhältnisse« überwiegen deutlich die positiven Assoziationen: Die EU steht klar für sichere Lebensverhältnisse und eher für Gerechtigkeit im weitesten Sinne. Was den – in Deutschland hohen – Anspruch an Gerechtigkeit betrifft, wird er allerdings aus Sicht derer, die sich selbst den unteren gesellschaftlichen Schichten zuordnen, von der EU nur unzureichend erfüllt: In dieser Gruppe verbindet eine relative Mehrheit (49 Prozent) mit der EU nach wie vor eher Ungerechtigkeiten. (Siehe Abb. 3)

Abbildung 3
Grundhaltung zur EU
 Assoziationen zur EU



Frage: Ich lese Ihnen nun jeweils zwei gegensätzliche Begriffe vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, welchen Sie eher mit der EU verbinden.
 Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »weiß nicht / keine Angabe«
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

2 DIE EU NACH DEM BREXIT

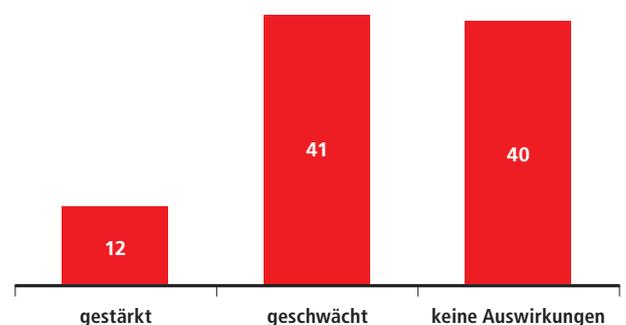
Großbritannien war sicherlich in den bislang 45 Jahren seiner EU-Zugehörigkeit kein sehr bequemer Partner. Viele verbinden diese Mitgliedschaft bis heute mit der legendären, an die übrigen EU-Mitgliedsländer gerichteten Forderung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher »I want my money back«. Insofern mag es nicht überraschen, dass manche EU-Bürgerinnen und Bürger den Austritt Großbritanniens erleichtert zur Kenntnis nehmen. Auch in der deutschen Bevölkerung gibt es Bürgerinnen und Bürger, die den Brexit begrüßen und in ihm sogar eher eine Stärkung der EU sehen. Dabei handelt es sich allerdings nur um eine Minderheit von 12 Prozent. Weitaus mehr Bürgerinnen und Bürger (41 Prozent) befürchten eine Schwächung der EU durch den Austritt Großbritanniens – immerhin der nach der Bundesrepublik zweitgrößte Beitragszahler. Etwa ebenso viele Befragte erwarten weder negative noch positive Folgen. Diese Gruppe der Ambivalenten und die der Optimisten zusammengenommen, sehen die Deutschen dem Brexit bemerkenswert gelassen entgegen. (Siehe Abb. 4)

Die EU sieht sich neben dem Brexit ja mit weiteren, teils länger bekannten, teils neuen Herausforderungen konfrontiert. Zu letzteren gehört die Neupositionierung der USA unter Donald Trump. Seine zentrale Devise »America first« hat ganz unmittelbare Auswirkungen auf die europäischen Staaten, etwa in Hinblick auf die Handelsbeziehungen, den Klimaschutz oder die Rolle der NATO. Auch im Umgang der USA mit den Krisen, die für Europa ganz entscheidende Konsequenzen haben, sind zuletzt grundlegende Unsicherheiten bezüglich des Verhaltens der USA deutlich geworden.

Die Bundesregierung hat daraus den Schluss gezogen, diesen neuen Unsicherheiten mit größerer Geschlossenheit der EU zu begegnen. Dabei hat sie die Bundesbürger weit-

gehend auf ihrer Seite: Acht von zehn Deutschen plädieren für eine Verstärkung der Zusammenarbeit der EU-Länder, nur 15 Prozent bevorzugen eine Rückkehr zu stärker eigenständigem, nationalem Handeln. Dabei herrscht ein großer parteiübergreifender Konsens – mit wiederum einer Ausnahme: In der Wählerschaft der AfD präferiert eine Mehrheit eine Rückwendung zu mehr Nationalstaatlichkeit. Insgesamt stärkt der Brexit offenbar eher den Zusammenhalt. In Gruppendiskussionen wurde sehr deutlich, dass gerade der Austritt Großbritanniens vielen Deutschen erst vor Augen geführt hat, wie wichtig die EU gerade für Deutschland ist, für seine

Abbildung 4
Die EU nach dem »Brexit«
 Stärkung oder Schwächung?



Frage: Die Briten haben ja entschieden, aus der EU auszuscheiden. Was meinen Sie: wird die EU durch den Austritt Großbritanniens eher geschwächt oder gestärkt oder wird das keine nennenswerten Auswirkungen haben?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht / keine Angabe«

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

exportorientierte Wirtschaft aber auch für die Bewältigung aktueller Krisen, die auch ein wirtschaftlich noch so starkes Deutschland nicht alleine bewältigen kann.

3 WICHTIGSTE AUFGABEN DER EU

Im September 2015 beherrschte ein Thema die Berichterstattung in den Medien: die hohe Zahl von Flüchtlingen, die vor allem über die Balkanroute in die EU, bevorzugt nach Deutschland gelangten. Die Bewältigung dieses Zustroms stellte seinerzeit aus Sicht der deutschen Bevölkerung die mit Abstand wichtigste Aufgabe dar, die die EU zu bewältigen hatte: Sechs von zehn Befragten führten auf eine offen gestellte Frage dieses Thema an. Die Zahl der Flüchtlinge hat seither deutlich abgenommen, das Thema bleibt aber nach wie vor hoch aktuell. Auch im Frühjahr 2017 nannten immerhin 30 Prozent auf die wiederum offen gestellte Frage die Bewältigung der Zuwanderung als wichtigste Aufgabe der EU, weitere elf Prozent führten dies als zweitwichtigste Aufgabe an. Damit bleibt das Themenfeld »Migration« bei den Deutschen weiterhin an der Spitze der europäischen Agenda, bei allerdings deutlich gesunkener Brisanz. Weiter an Dringlichkeit verloren hat auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (-4 Prozentpunkte), eine Aufgabe, die die Deutschen schon vor eineinhalb Jahren als weniger dringlich erachteten als Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Staaten. In der Prioritätenliste deutlich nach unten gewandert sind auch die Themen »Schuldenabbau« und »Bekämpfung des Klimawandels«.

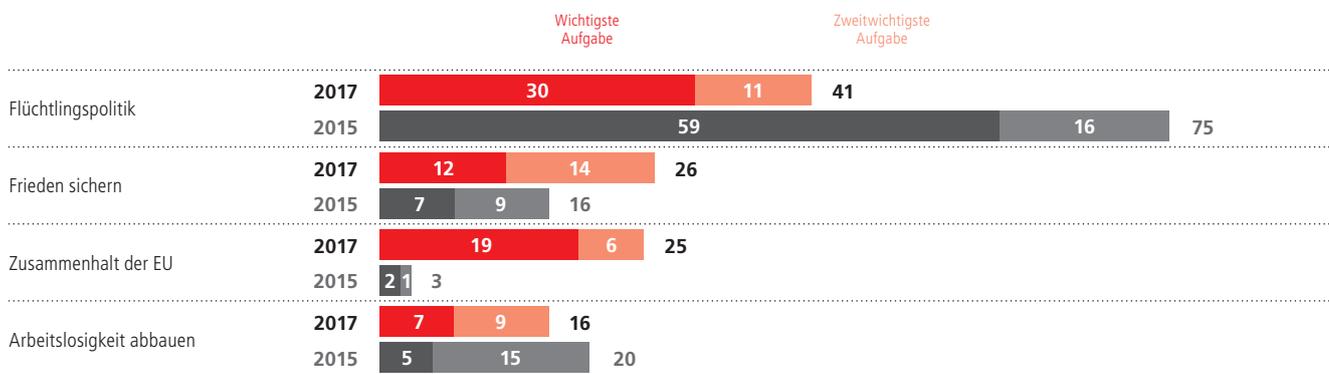
An Bedeutung gewonnen haben für die Deutschen drei Aufgaben: Erstens die Sicherung des Friedens, der angesichts der Krisen an den Außengrenzen der EU zunehmend gefährdet erscheint. Zweitens die Stärkung des Zusammenhalts der EU: Im Herbst 2015 noch kaum genannt, erwarteten nach dem Ausstiegsbeschluss der Briten immerhin 19 Prozent der

Deutschen von der EU hier spontan in der offen gestellten Frage entsprechende Initiativen, darunter vor allem ältere Bürgerinnen und Bürger (31 Prozent) sowie Anhänger von SPD, Grünen (je 23 Prozent) und Union (22 Prozent). Dringlicher als noch vor knapp zwei Jahren erscheint den Deutschen auch der Abbau von sozialer Ungleichheit zwischen den EU-Ländern, die nicht wenige als Gefährdung des Zusammenhalts innerhalb der EU ansehen, wie die Gruppendiskussionen ergaben. Weiterhin als wichtige Aufgaben der EU werden die Bekämpfung des Terrorismus und die Stärkung der Wirtschaftskraft der EU-Staaten angesehen. (Siehe Abb. 5)

Die Verschiebung der Erwartungen an die EU aus Sicht der Befragten wird noch deutlicher in den Befunden einer gestützten Frage nach der Relevanz vorgegebener Aufgabenfelder für die Europäische Union. Für knapp die Hälfte (47 Prozent) hat die Stärkung des Zusammenhalts der EU und die Stabilität des Euros höchste Priorität – noch vor der Flüchtlingspolitik (42 Prozent). Jeweils ein Drittel weist auch der Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Zusammenhalt der NATO hohe Relevanz zu. Einen deutlich geringeren Stellenwert für die Befragten haben eine europäische Sozialpolitik sowie der Umgang mit den Schulden Griechenlands. Bei der Priorisierung spielt die politische Grundorientierung bisweilen eine wichtige Rolle. So messen Unionsanhänger dem Zusammenhalt der NATO einen überdurchschnittlichen Stellenwert zu, Anhänger von SPD, Grünen und Linken dagegen einer europäischen Sozialpolitik. (Siehe Abb. 6)

Angesichts der Tatsache, dass im Bewusstsein der Deutschen die Bedeutung der EU gewachsen ist, stellt sich die Frage, wie dieser Zusammenhalt gestärkt, wie die Integration der verbleibenden 27 Mitgliedsländer gefördert werden können. Auch hierzu wurde den Befragten eine Liste von Maßnahmen vorgelesen, um die Akzeptanz dieser Initiativen abzuklären. Die höchste Zustimmung erhielt die EU-weite Einführung eines Mindestlohnes, dessen Höhe sich an der

Abbildung 5
Wichtigste Aufgaben der EU
 Aufgaben der EU: Spontane Nennungen – im Vergleich zum Jahr 2015

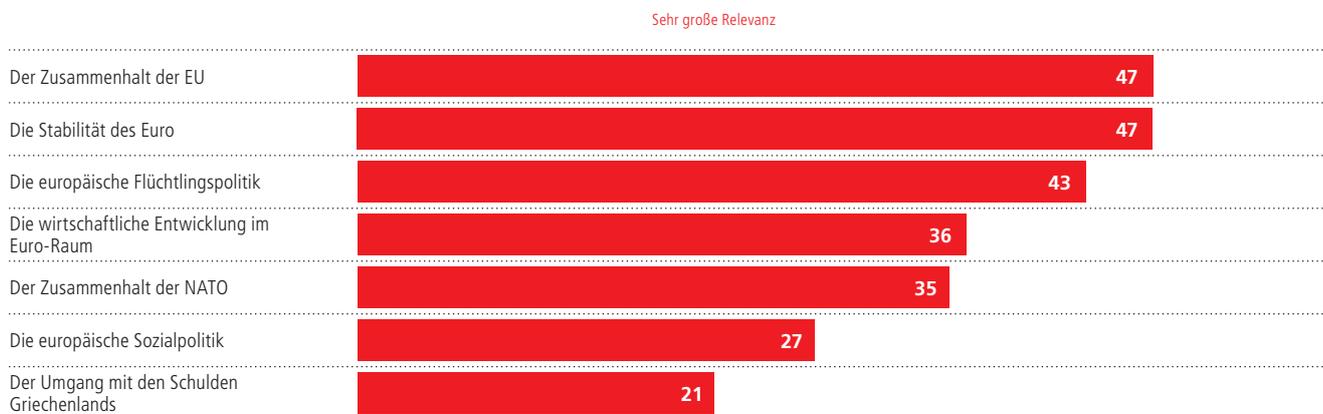


Frage: Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die wichtigsten Aufgaben, die die Europäische Union bewältigen muss?

Angaben in Prozent | Mehrfachnennung
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Abbildung 6:
Wichtigste Aufgaben der EU
Bedeutungen von Themen: Gestützte Abfrage

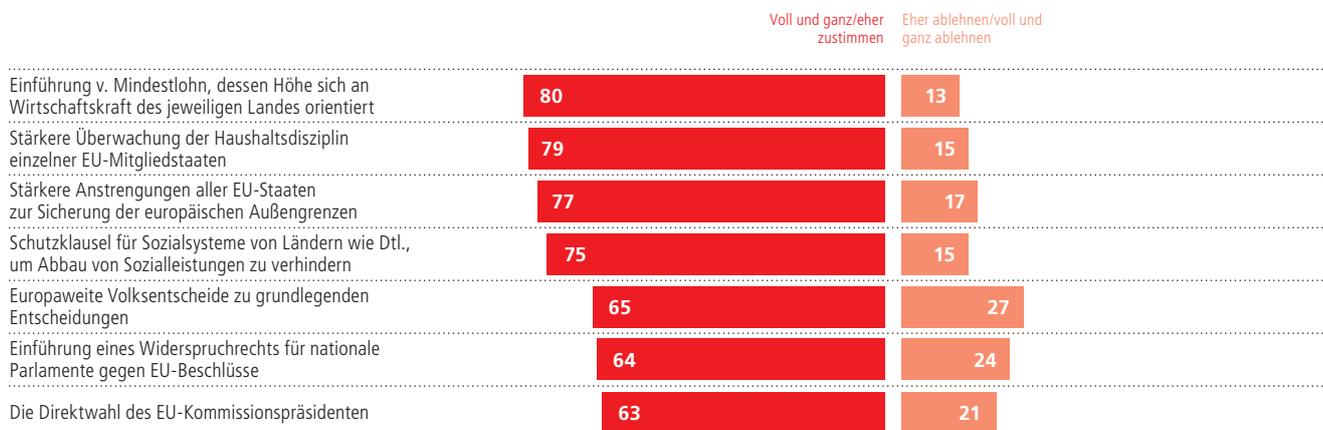


Frage: Welche politische Relevanz haben folgende EU-Themen für Sie persönlich?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »große Relevanz«, »wenig Relevanz«, »gar keine Relevanz« sowie »weiß nicht / keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Abbildung 7
Akzeptanz integrationsfördernder Maßnahmen



Frage: Es wird immer wieder über Maßnahmen diskutiert, wie man die europäische Integration verbessern könnte. Ich nenne Ihnen einige solcher Vorschläge, sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesem Vorschlag voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ihn eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.

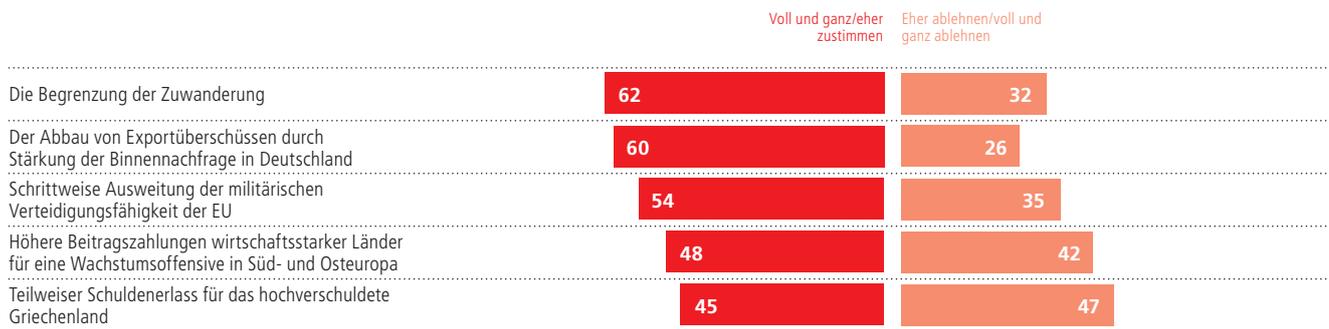
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »weiß nicht / keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes orientiert – eine Maßnahme, die bereits in 21 der 28 Länder (inklusive GB) realisiert ist. Fast ebenso viel Zustimmung erhalten vier Vorschläge eher restriktiven Charakters: eine stärkere, von der EU kontrollierte Überwachung der Haushaltsdisziplin in den Mitgliedsländern, die Einführung einer Schutzklausel für Sozialsysteme, um den Abbau von Sozialleistungen zu verhindern (eine Forderung der deutschen Arbeitsministerin, Andrea Nahles), einen effektiveren Schutz der EU-Außengrenzen sowie die Begrenzung der Zuwanderung.

Auf viel Zustimmung stoßen auch zwei Vorschläge, die den EU-Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitsprache gewähren: die Einführung europaweiter Volksentscheide zu grundlegenden Fragen sowie die Direktwahl des EU-Präsidenten – in der letzten Europawahl wurde mit der Aufstellung von Spitzenkandidaten der Parteifamilien ein erster Schritt in diese Richtung getan. Mehrheitlich begrüßt wurde auch die schrittweise Verbesserung der militärischen Verteidigungsfähigkeit der EU. Aber bei aller Bereitschaft, mehr Kompetenzen an die EU abzugeben, wird auch ein Widerspruchsrecht für die

Abbildung 8
Akzeptanz integrationsfördernder Maßnahmen



Frage: Es wird immer wieder über Maßnahmen diskutiert, wie man die europäische Integration verbessern könnte. Ich nenne Ihnen einige solcher Vorschläge, sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesem Vorschlag voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ihn eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »weiß nicht / keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

nationalen Parlamente gegen EU-Beschlüsse als förderlich betrachtet. (Siehe Abb. 7)

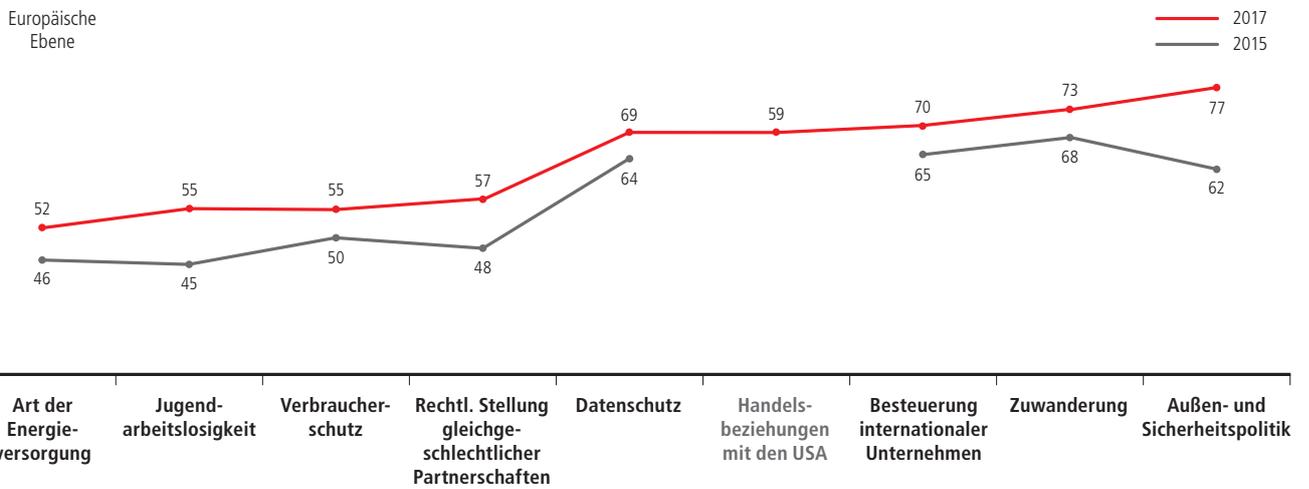
Für wie wichtig die Deutschen die EU heute erachten, belegt die große Bereitschaft zu einem Abbau der innerhalb der EU immer wieder heftig diskutierten deutschen Exportüberschüsse durch eine Stärkung der Binnennachfrage: Sechs von zehn Bundesbürgern würden dies akzeptieren. Selbst eine Erhöhung der Beitragszahlung wirtschaftsstarker Länder – wie Deutschland – zur Förderung des Wirtschaftswachstums in süd- und osteuropäischen Mitgliedsländern fände die Hälfte der Deutschen akzeptabel, vier von zehn Bundesbürgern lehnen diese sich an Forderungen des französischen Präsidenten Macron orientierte Maßnahme ab. Strittig ist dagegen die von IWF und auch von einigen Mitgliedsländern unterstützte Forderung nach einem partiellen Schuldenerlass für das hochverschuldete Griechenland. Hier halten sich Zustimmung und Ablehnung die Waage, wobei SPD-Anhänger eher zu einem Ja, Unionsanhänger zu einem Nein tendieren. (Siehe Abb. 8)

4 NATIONALE ODER EUROPÄISCHE ZUSTÄNDIGKEIT

Bereits in der 2015er Studie wurde ausgelotet, in welchen Politikbereichen die Bürgerinnen und Bürger eher die eigene Regierung, in welchen Bereichen sie eher die EU-Institutionen für zuständig halten. Das Ergebnis war ein Gleichgewicht zwischen eher nationalen und eher europazentrierten Zuständigkeiten. Die aktuellen Befunde zu dieser Frage bestätigen die heute positivere Grundhaltung zur EU. In fünf Bereichen plädieren die Deutschen klar für eine europäische Zuständigkeit, allen voran in der Außen- und Sicherheitspolitik. Angesichts zunehmender Krisenherde im unmittelbaren Umfeld der EU erscheint dies einer Dreiviertelmehrheit der Deutschen für zielführend – gegenüber dem Herbst 2015 ein Anstieg um 15 Prozentpunkte. Deutlicher als damals fällt auch die Zustimmung aus zu einer nach EU-Regeln gesteuerten Zuwanderung, zu einer europaweit abgestimmten Besteuerung international tätiger Unternehmen (um Steuerflucht zu verhindern) sowie zum Datenschutz (jeweils +5).

In der (in die aktuelle Befragung neu aufgenommenen) zuletzt heftig umstrittenen Frage, wer denn die Zuständigkeit bei den Verhandlungen mit den USA über die Gestaltung der künftigen Handelsbeziehungen haben sollte, teilen sieben von zehn Deutschen den Standpunkt der EU-Kommission, dass die EU hier den Lead übernehmen sollte. Etwas knapper, aber immer noch deutlich fällt das Petitum für Lösungen auf europäischer Ebene bei der Regelung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, dem Verbraucherschutz und der Energieversorgung aus. In all diesen Bereichen ist die Bereitschaft, Kompetenzen in Richtung EU abzugeben, merkbar gestiegen. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, eine Aufgabe, bei der die Deutschen noch vor eineinhalb Jahren eher die jeweiligen nationalen Regierungen in der Pflicht sahen. Heute sprechen sich 55 Prozent für eine Lösung auf EU-Ebene aus, nur noch 41 Prozent (2015: 49 Prozent) betrachten dies auch weiterhin eher als Aufgabe der jeweiligen Landesregierungen. (Siehe Abb. 9)

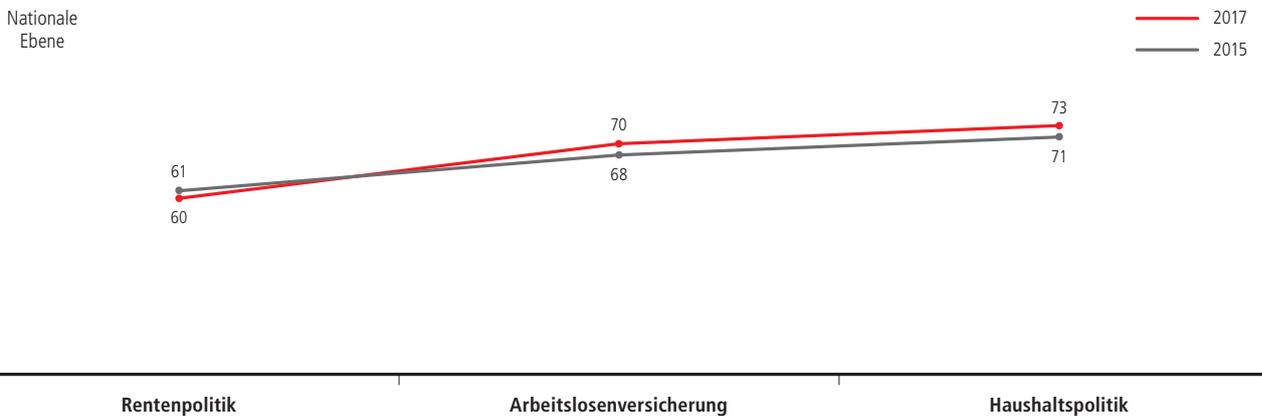
Abbildung 9:
Nationale oder europäische Zuständigkeit
 Aufgaben, die eher auf *europäischer Ebene* geregelt werden sollten – im Vergleich zum Jahr 2015



Frage: Ich nenne Ihnen einige politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Aufgabe eher auf europäischer oder eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollte.
 Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »eher auf nationaler Ebene« sowie »weiß nicht / keine Angabe«
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Abbildung 10
Nationale oder europäische Zuständigkeit
 Aufgaben, die eher auf *nationaler Ebene* geregelt werden sollten – im Vergleich zum Jahr 2015



Frage: Ich nenne Ihnen einige politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Aufgabe eher auf europäischer oder eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollte.
 Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »eher auf europäischer Ebene« sowie »weiß nicht/keine Angabe«
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Insgesamt können sich die Deutschen heute offenbar eher mit einer Vergemeinschaftung bestimmter Kompetenzen anfreunden. Dies gilt allerdings nur für ausgewählte Politikfelder, in anderen halten sie an der nationalen Zuständigkeit fest, etwa bei der Budgethoheit und der Gestaltung der Sozialsysteme. Jeweils sieben von zehn Bundesbürgern sprechen sich dafür aus, die Haushaltspolitik und Arbeitslosenversicherung in nationaler Verantwortung zu belassen; bei

der Rentenpolitik sind es immerhin noch sechs von zehn Bundesbürgern. In allen drei Fällen gibt es kaum Abweichungen von den Befunden aus 2015. (Siehe Abb. 10)

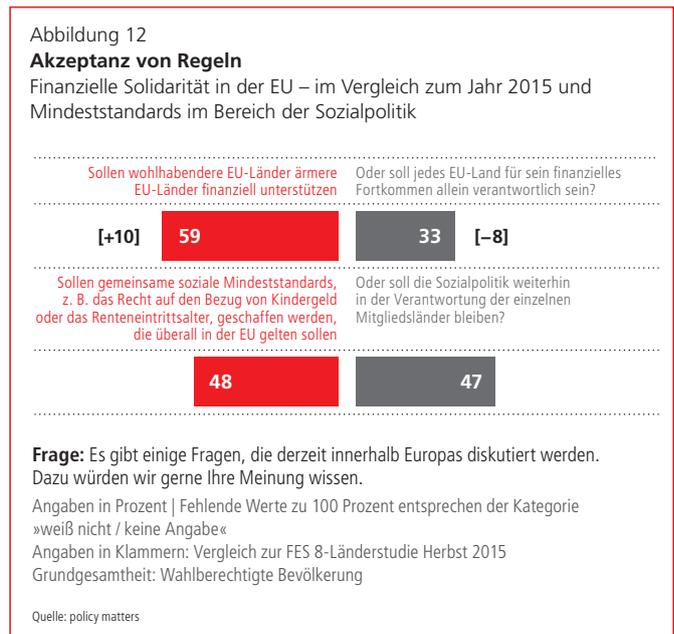
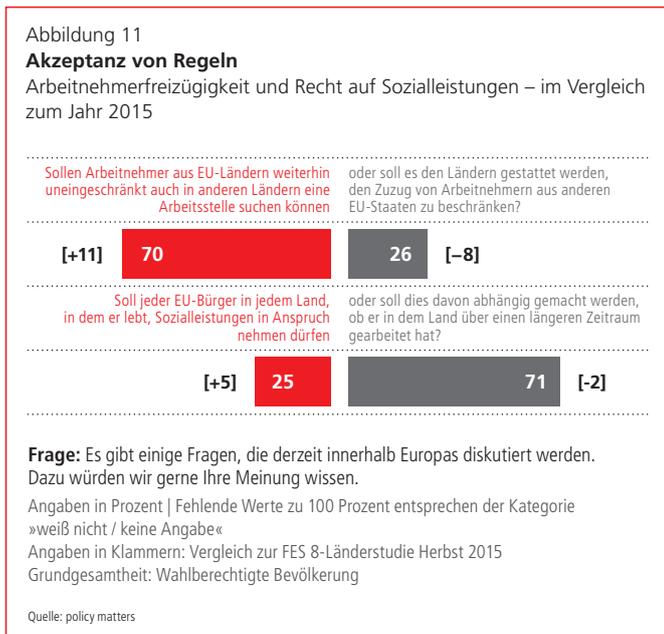
5 AKZEPTANZ VON REGELN DER EU

Der Zusammenhalt in der EU wird nicht zuletzt getragen durch einen von allen Mitgliedstaaten akzeptierten Regelkanon. Im Zentrum stehen dabei Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung von Menschenrechten. Zu den Regeln gehören aber auch Freizügigkeit beim Reisen, im Warenverkehr und in Bezug auf Arbeit. Letzteres war immer wieder Gegenstand von Diskussionen, die mit dem Brexit an Aktualität gewonnen haben. Das Recht jedes EU-Bürgers, in allen EU-Staaten eine Arbeitsstelle suchen zu dürfen, war in Großbritannien Grund für viele, für den Ausstieg aus der EU zu stimmen.

Erfreulicherweise hat dieses Beispiel zumindest in Deutschland nicht Schule gemacht – im Gegenteil. Der Anteil der Bundesbürger, die der Arbeitnehmerfreizügigkeit zustimmen, stieg gegenüber dem Herbst 2015 von 59 auf 70 Prozent. Nur noch jeder Vierte votiert dafür, dass den EU-Mitgliedsländern erlaubt sein solle, den Zuzug von Arbeitnehmern aus anderen EU-Staaten zu beschränken. (Siehe Abb. 11)

rung nach gemeinsamen, EU-weit gültigen Mindeststandards¹ auf. Die Deutschen sind in dieser Frage gespalten. Die eine Hälfte befürwortet europaweit geltende Mindeststandards, darunter vor allem Anhängerinnen und Anhänger von SPD, Linken und Grünen. Die andere Hälfte lehnt dies aber ab, darunter vor allem Personen, die sich eher der Unterschicht zugehörig fühlen sowie Anhängerinnen und Anhänger der AfD.

Zu den ungeschriebenen und heftig umstrittenen Regeln der EU zählt das Solidaritätsgebot auch zwischen den Mitgliedsländern. Dazu ist die Haltung der Deutschen bemerkenswert positiv. Eine breite, gegenüber 2015 sogar spürbar gewachsene Mehrheit stimmt der Forderung zu, dass wohlhabende EU-Länder ärmere EU-Länder in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen finanziell unterstützen sollen, wohlwissend, dass Deutschland den bei weitem größten Anteil dieser Zuwendungen zu tragen hätte. Ein Drittel hält es dagegen für angebracht, dass jedes Land für sein finanzielles Auskommen selbst verantwortlich bleibt. (Siehe Abb. 12)



Die Zustimmung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit bedeutet aber nicht die Befürwortung des freien Zugangs zu Sozialleistungen des Ziellandes. Deren Bezug sollte – so die Forderung von 71 Prozent der Bundesbürger – davon abhängig gemacht werden, ob der oder die Zugezogene in dem jeweiligen Land über einen längeren Zeitraum gearbeitet hat. Hier schwingt sicherlich die Furcht mit, dass Personen aus ärmeren EU-Ländern nicht wegen der Arbeitssuche sondern wegen der Inanspruchnahme vergleichsweise hoher Sozialleistungen nach Deutschland kommen würden – eine Befürchtung, die gegenüber dem Herbst 2015 offenbar nicht an Brisanz verloren hat.

Nicht zuletzt, um den Anreiz für eine Migration innerhalb der EU aufgrund unterschiedlicher Bemessung und Höhe von Sozialleistungen zu mildern, kommt immer wieder die Forde-

¹ Diese Forderung erhob zuletzt die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles in einem Beitrag für die FAZ.

6 VERTRAUEN IN MITGLIEDSTAATEN

Die Stärke der EU hängt nicht zuletzt vom Verhältnis ihrer Mitgliedsländer untereinander ab, vor allem davon, ob und inwieweit sich diese gegenseitig vertrauen. Dies gilt nicht nur für Regierungen, sondern auch für die Bevölkerungen. In der EU kommt dabei dem Verhältnis der beiden Führungsnationen Frankreich und Deutschland eine besondere Rolle zu. Auf deutscher Seite war zuletzt das Vertrauen in das Nachbarland Frankreich etwas getrübt. Im Herbst 2015 gaben 59 Prozent der Deutschen an, sehr großes (neun Prozent) oder großes Vertrauen (50 Prozent) in Frankreich zu haben – für die deutsch-französischen Beziehungen ein eher mäßiger Wert. Im Frühjahr 2017 stieg dieser Wert auf 74 Prozent, wobei insbesondere der Anteil derer, die in Frankreich sehr großes Vertrauen haben, deutlich von neun auf 21 Prozent stieg. Dieser bemerkenswerte Vertrauensgewinn geht zeitlich mit dem Wechsel in der Präsidentschaft von Hollande zu Macron einher und dürfte darin auch seine zentrale Begründung haben.

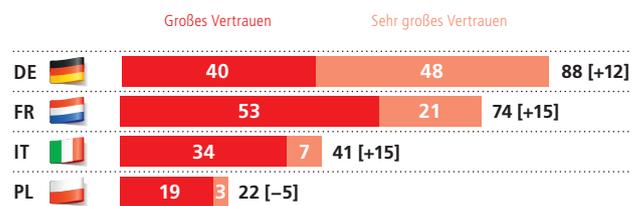
Signifikant verbessert hat sich auch das Verhältnis der Deutschen zu Italien – nach dem Ausstieg der Briten in Hinblick auf Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft das drittgrößte Land in der EU. Nach einer dichten Folge von Regierungskrisen war das Vertrauen in Italien im Herbst 2015 auf 26 Prozent abgesunken. Heute äußern immerhin wieder 41 Prozent sehr großes (sieben Prozent) oder großes (34 Prozent) Vertrauen in das Land, das derzeit insbesondere wegen der zunehmenden Zahl von Bootsflüchtlings im Fokus steht. Gegenläufig ist dagegen der Trend gegenüber dem östlichen Nachbarland Polen. Mit 27 Prozent war das Vertrauen der Deutschen schon 2015 sehr gering, in den vergangenen 20 Monaten sank es auf 22 Prozent. Erheblichen Anteil an dem Ansehensverlust dürfte der Kurs der PiS-Regierung haben, vor allem in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und der Kooperationsverweigerung in der Flüchtlingsfrage.

Angesichts der aktuellen Probleme, mit denen die EU und viele Mitgliedsländer – darunter auch Frankreich und Italien – derzeit konfrontiert sind, nehmen die Erwartungen an eine aktivere Rolle des wirtschaftsstarken Deutschlands zu. Diese Rolle scheint Deutschland aus Sicht der Bundesbürger offenbar hervorragend zu erfüllen: Neun von zehn Bundesbürgern geben an, sehr großes oder großes Vertrauen in das eigene Land zu haben, ein Plus von zwölf Prozentpunkten. Gestiegen ist dabei insbesondere der Anteil derer, die sehr großes Vertrauen äußern (von 22 auf 48 Prozent). Man wird sehen, für welche Partei sich dieses nochmals gestiegene Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger am meisten auszahlt. (Siehe Abb. 13)

Abbildung 13

Vertrauen in Mitgliedstaaten

Im Vergleich zum Jahr 2015



Frage: Wenn Sie an ... als Mitglied in der EU denken: Haben Sie da sehr großes, großes, wenig oder gar kein Vertrauen in ...?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorien »wenig Vertrauen«, »gar kein Vertrauen« sowie »weiß nicht / keine Angabe«
Angaben in Klammern: Vergleich zur FES 8-Länderstudie Herbst 2015
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

LITERATURVERZEICHNIS

Hilmer, Richard (2015): »EU vor Bewährungsprobe – Was erwarten, worum sorgen sich die EU-Bürger«, FES-Studie, Berlin.

Nahles, Andrea (2016): »Für ein Europa sozialer Mindeststandards«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober.

Impressum:

© 2017

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Abteilung Internationaler Dialog

Internationale Politikanalyse

Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin

www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt: info.ipa@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-929-6

Titelmotiv: © Getty Images, Juice Images Ltd.

just in print

Gestaltung: www.stetzer.net

Oktober 2017

